



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion DIE LINKE

Mitwirkung der jungen Generation fördern. Demokratie stärken.

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/279**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. auf Basis der erfolgten umfangreichen Zuarbeiten des Kinder- und Jugendringes ein jugendpolitisches Programm des Landes zu erarbeiten und dieses bis spätestens Ende des Jahres 2017 dem Landtag zu übermitteln. Das jugendpolitische Programm soll die Vorhaben der Landesregierung konkret darstellen und kann in diesem Sinne auch für den Sozialzieleprozess nutzbar gemacht werden.
2. von der Schaffung neuer Instrumente abzusehen und die Partizipation junger Menschen unter der Nutzung vorhandener Strukturen voranzubringen. Hierzu ist eine verlässliche Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendring des Landes und insbesondere den Kreis- und Stadtjugendringen auszubauen, um auch die kommunale Ebene in die entsprechenden Prozesse einzubeziehen.

Begründung

Bevor, wie im Antrag der Koalitionsfraktionen vorgesehen, das jugendpolitische Programm weiterentwickelt werden kann, sollte ein jugendpolitisches Programm überhaupt existieren. Dies ist bis heute nicht der Fall und sollte zunächst von der Landesregierung nachgeholt werden. Die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ist auch der antragstellenden Fraktion wichtig. Die Schaffung eines Kompetenzzentrums und die Auslobung eines Landespreises sind jedoch Ansätze, die in ihrer Wirkung skeptisch gesehen werden. Sinnvoller erscheinen die Nutzung und der Ausbau vorhandener Strukturen.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 01.09.2016)